



NRW-Info

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN November 2010

+++ Inhalt: Schwerpunktthema Energiewende: Klimacamp 2010 der BUNDjugend, Tauziehen um Kraftwerk Datteln, Kohlekraft in Krefeld auf der Kippe, BUND-Energiepreis 2010 - S. 2-5 +++ kurz und bündig, Ehrung für Klever BUND-Aktivistin - S. 6 +++ Neues Naturschutzgebiet in Düsseldorf, Sensationeller Wiederfund des Kirschprachtkäfers - S. 7 +++ Faire Milch in NRW, Hightech trifft Wildkatze, Impressum - S. 8 +++

BUND-Einsatz für die Energiewende Abschied vom Kohleland NRW



Der lange Abschied vom Kohleland NRW

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer 1: Mehr als 30 Prozent der bundesdeutschen Stromerzeugung erfolgen an Rhein, Ruhr und Lippe. Mit 77 Prozent erfolgt der überwiegende Teil davon auf Basis der fossilen Energieträger Braun- und Steinkohle. Die Erneuerbaren Energien fristen mit 6 Prozent ein Schattendasein. Die Folgen für den Klimaschutz sind fatal. Mit dem jährlichen Ausstoß von mehr als 300 Millionen Tonnen Treibhausgasen ist Nordrhein-Westfalen auch der Klimakiller Nummer

1 in Deutschland. Seit 1990 herrscht weitestgehend Stillstand beim Klimaschutz. Die energiebedingten CO₂-Emissionen wurden zwischen 1990 und 2007 lediglich um 3,2 Prozent gesenkt - gegenüber 22 Prozent auf Bundesebene.

Höchste Zeit also, die Energiewende einzuleiten. Seit Jahrzehnten kämpft der BUND gegen Kohle und Atom und für das Energiesparen und Erneuerbare Energien. Doch erst jetzt scheint der Durchbruch nahe. Ende Oktober verabschiedete die rot-grüne Landesregierung die Eckpunkte für ein Landesklimaschutzgesetz. Bis zur Mitte des Jahrhunderts sollen die Kohlendioxid-Emissionen hierzulande um 80 bis 95 Prozent gesenkt werden. Der Ausbau der Windenergienutzung und anderer Erneuerbarer, Energiespartechnologien und - als Brückentechnologie - hocheffiziente, flexible Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung sollen den Durchbruch beim Klimaschutz bringen. Schon beinahe revolutionär muteten dabei die Koalitionsvereinbarungen zur Braunkohle an: Nichts weniger als der schrittweise Ausstieg aus der Verstromung dieses schädlichsten aller fossilen Energieträger steht auf der landespolitischen Agenda.

Doch der Abschied vom Kohleland NRW fällt nicht leicht. Noch immer werden neue Kohlekraftwerke geplant, Tag für Tag fressen sich die Braunkohlebagger weiter durch die Landschaft. Und auch die Natur- und Umweltschutzverbände müssen sich neuen Herausforderungen stellen. Der Umbau des Energiesystems wird nicht ohne - allerdings reversible - Eingriffe in Natur und Landschaft möglich sein. Die angestrebte

Ausweisung von 2 Prozent der Landesfläche als Windkraftvorranggebiet, neue Stromleitungen und Speicher für den volatilen Strom aus Sonne und Wind wollen umweltverträglich geplant werden.

Der BUND wird also alles andere als überflüssig. Einen kleinen Ausschnitt über die aktuellen Aktivitäten bietet die vorliegende Ausgabe des NRWinfos.

Dirk Jansen

... ist Geschäftsleiter des BUND NRW, Redakteur des NRWinfos und seit 20 Jahren für den BUND im Einsatz für den Klimaschutz.

„Straßenfest trotz(t) Kohlenpest“

Klimacamp 2010

Vom 21. bis 29. August kamen 200 überwiegend junge Menschen zum Klimacamp der BUNDjugend an den Rand des Braunkohletagebaus Garzweiler nach Erkelenz-Borschemich. Mit großem Wissensdurst und Interesse wurden hier klimarelevante Themen auf globaler und lokaler Ebene bearbeitet und diskutiert. Der Veranstaltungsort im Abbaugbiet des Tagebaus Garzweiler verdeutlichte den Teilnehmenden aus dem ganzen Bundesgebiet und 10 weiteren Ländern eindrucksvoll dessen Dimensionen und Folgen für Mensch und Natur.

Das Camp, dessen Idee im Kreise aktiver BUND-Jugendlicher entstanden war, knüpfte mit zahlreichen Aktionen an das Protestcamp von BUND und BUNDjugend im Januar 2008 an. Nur wenige Kilometer entfernt hatten sich seinerzeit Umweltschützer des Verbands gegen die Enteignung einer Streuobstwiese des BUND in Alt-Otzenrath widersetzt (s. S. 4). An dieser Stelle klafft nun das gigantische Loch des Tagebaus, welches sich immer weiter auf Borschemich zu bewegt. Drei Viertel der Bürger des Orts haben ihr Haus bereits an RWE verkauft bzw. verkaufen müssen. In wenigen Jahren soll mit dem Abriss der Häuser begonnen werden.

Mitten im Ort befindet sich das Tagungshaus St. Josef, das mit seinem weitläufigen Wiesengelände optimale Voraussetzungen für das Klimacamp der BUNDjugend bot. Getragen vom über 20-köpfigen Klimacamp-Planungsteam, das sich im Laufe des Jahres gebildet hatte, wuchs hier Ende August eine Campstruktur mit drei großen Jurten, gemütlichem Strohballen-Cafe und großzügigen Feuerholzvorräten. Die Begeisterung



Windpark am Rande des Braunkohletagebaus Garzweiler II.

Foto: D. Jansen

und das Engagement der zahlreichen Ehrenamtlichen sorgte für einen reibungslosen Verlauf und ein freundschaftliches Miteinander.

Workshops zu den Themen Klimawandel, Energieversorgung und nachhaltige Lebensweise bestimmten das Tagungsprogramm. Zugleich wurden die Teilnehmenden anhand kreativer Aktionsformen zur politischen Mitwirkung motiviert. Ein Höhepunkt des Camps war die ganztägige Fahrraddemo um den Tagebau, bei der über 70 RadlerInnen die gewaltigen Ausmaße des Abbaugebiets erfuhren. Mit BesucherInnen und Mitwirkenden aus zahlreichen Verbänden, Initiativen und Gruppen, von der Klima-Allianz bis zum Klimabewegungs-Netzwerk, wurde das Klimacamp auch für die Vernetzung unterschiedlicher Akteure einer wachsenden Klimabewegung genutzt.

Zum Abschluss luden die Klimacamp-Aktivisten die Anwohner aus der Umgebung nach Borschemich. Unter dem Motto „Straßenfest trotz(t) Kohlenpest!“ boten sie viele bunte Info- und Aktionsstände gepaart mit jugendlichem Enthusiasmus. Als Abschlussaktion wurde als Symbol der Energiewende ein Windrad aus Menschen gebildet und zum Drehen gebracht.

Für das Klimacamp hatte die BUNDjugend eine Förderung als Partizipationsprojekt aus dem Kinder- und Jugendförderplan erzielt, die aufgrund politischer Wirren um eine Spende vom Ökofonds der Grünen jedoch widerrufen wurde. Die BUNDjugend hat sich in diese Förderung geklagt, der Ausgang dieses Verfahrens ist jedoch ungewiss. Großer Dank gilt der Bewegungsstiftung, welche mit einer Ausfallförderung einen Teil der Risiken abgefangen hat. Darüber hinaus fördert die European Climate Foundation die weiteren Aktivitäten der BUNDjugend NRW im Klimabereich.

Der Erfolg des Klimacamps 2010 macht Lust auf mehr und so beginnen Mitte November die Planungen für das Klimacamp 2011 – alle Interessierten sind eingeladen, mitzuplanen. Weitere Informationen und Impressionen vom diesjährigen Camp auf www.klimacamp2010.de.

Stefan Förster und Andrea Schaupp

*... arbeiten im Jugendbildungsbereich der BUNDjugend NRW,
www.bundjugend-nrw.de*

Mehr als 200 TeilnehmerInnen kamen zum BUNDjugend-Klimacamp 2010 nach Borschemich im geplanten Tagebau Garzweiler II.

Fotos: U. Wevers, BUNDjugend



Weiter Tauziehen um Kraftwerk Datteln Recht muss Recht bleiben

Ein Jahr nach dem historischen Urteil des Oberverwaltungsgericht Münster, mit dem der Bebauungsplan für das geplante E.ON-Steinkohlekraftwerk Datteln wegen eines totalen Abwägungsausfalls für nichtig erklärt wurde, geht das juristische Tauziehen um das Vorhaben weiter. Der BUND reichte jetzt bei der Bezirksregierung Münster einen weiteren Baustopp-Antrag an.

Bereits zuvor hatte der BUND einen Baustopp der von der 4. und 5. Teilgenehmigung erfassten Maßnahmen erwirkt. Die 6. Teilgenehmigung wurde erst gar nicht mehr erteilt. Allerdings wird derzeit noch immer auf Grundlage der 2. und 3. Teilgenehmigung weiter gearbeitet. Die Bezirksregierung lässt dies – ebenso wie diverse weitere „Sicherungsmaßnahmen“ – seit nunmehr einem Jahr weiter zu, obwohl sämtliche Teilgenehmigungen für rechtswidrig erklärt wurden. Damit aber verletzt die Genehmigungsbehörde ihre Amtspflicht. Mit der inzwischen erfolgten Zurücknahme des FDP/CDU-Entwurfs für ein neues Energiekapitel des Landesentwicklungsplans durch das rot-grüne Kabi-



nett sind zudem die vagen Hoffnungen der Kraftwerksbefürworter auf eine Heilung der landesplanerischen Verstöße zunichte gemacht worden.

Die Bevölkerung in Datteln und Umgebung kann dieses Taktieren schon längst nicht mehr nachvollziehen. Unter dem Motto „Recht muss Recht bleiben“ forderten der BUND und die örtlichen Bürgerinitiativen deshalb auf einem Protestmarsch zum Jahrestag des OVG-Urteils den sofortigen kompletten Baustopp. Vor dem Werkstor wurden die KraftwerksgegnerInnen von einer Delegation der IGBCE und Kraftwerks-Azubis empfangen, die vehement den Weiterbau des Projekts forderten. Diese mussten sich allerdings den Vorwurf der Protestierer gefallen lassen, von E.On mit Sonderbussen zur Gegendemonstration gekarrt worden zu sein.

Allen Protesten zum Trotz droht jetzt sogar eine neue Lex E.On. Der Regionalverband Ruhr plant ein so genanntes Zielabweichungsverfahren. Damit soll der Dattelner Kraftwerksschwarzbau noch „durch die Hintertür“ - trotz entgegen stehender raumordnerischer Vorgaben - genehmigungsfähig werden. (dj)

Mehr Infos zum Vorhaben: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/datteln/



Optimismus pur zeigten die VertreterInnen von BUND und Bürgerinitiativen nach dem Erörterungsmarathon in Krefeld.

Foto: M. Braun

Etappensieg in Krefeld:

Kohlekraft auf der Kippe

Sieben Tage lang diskutierten VertreterInnen von BUND, Behörden, Bürgerinitiativen und dem Vorhabensträger Trianel die mehr als 23.000 gesammelten Einwendungen gegen das geplante Kohlekraftwerk in Krefeld-Uerdingen. Einen klaren Punktsieg landeten dabei die KraftwerksgegnerInnen: Keiner der vorgebrachten 499 Kritikpunkte gegen das Kraftwerk konnte bis zum Ende des Erörterungstermins am 29. September ausgeräumt werden - im Gegenteil. Auch die Behörden bemängelten zahlreiche Defizite der Antragsunterlagen. Sollte Trianel an dem Vorhaben festhalten, wird eine Umplanung mit einem erneuten Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren unumgänglich. Die Realisierung des Vorhabens rückt damit in weite Ferne.

Interview: „Wir sind keine Maschinenstürmer“

Die *NRWinfo*-Redaktion sprach mit Anti-Kohlekraftwerks-Aktivistin Kerstin Ciesla aus Duisburg über das umstrittene Vorhaben.

In Krefeld will der Stadtwerke-Verbund Trianel ein Kohlekraftwerk bauen. Warum engagiert sich der BUND Duisburg so vehement dagegen?

Es gibt aus unserer Sicht zwei wichtige Gründe. Einerseits bewegt uns die Luftreinhaltung und hier ganz konkret unsere lokale Betroffenheit. In Duisburg ist bereits jetzt die Feinstaubbelastung viel zu hoch, weshalb eine Fristverlängerung für die Einhaltung der Grenzwerte bei der Europäischen Kommission beantragt wurde. Die EU droht bereits mit Sanktionen, wenn sich an der Situation in Duisburg bis Mitte 2011 nichts ändert. Die Hauptverursacher für die sehr schlechte Luftqualität in Duisburg ist der so genannte „regionale Hintergrund“ gefolgt von der lokalen Industrie. Das geplante Steinkohlekraftwerk in Krefeld liegt in Windrichtung zu Duisburg, so dass sich dort unweigerlich die Situation weiter verschlechtern würde.

Verfassungsbeschwerde gegen Zwangsenteignung

Am 10. Januar 2008 räumte ein Großaufgebot der Polizei die BUND-Obstwiese im Tagebau Garzweiler, auf der ein gutes Dutzend AktivistInnen zehn Tage lang der Zwangsräumung getrotzt hatten. Heute klafft dort ein tiefes Loch. Dabei ist die



P. Kerkhoff, D. Jansen

juristische Auseinandersetzung um die Zwangsenteignung noch nicht beendet - der BUND hatte Ende 2008 Verfassungsbeschwerde eingereicht. Denn die Grundabtretung ist gemäß des Bundesberggesetzes nur dann im einzelnen Falle zulässig, wenn sie dem Wohle der Allgemeinheit dient. Dies ist aber angesichts des massiven Eingriffs in Natur und Landschaft durch den Tagebau und die gravierenden Folgen der Verstromung von 1,3 Milliarden Tonnen Braunkohle nach BUND-Auffassung nicht gegeben. Im Gegenteil: Garzweiler II schädigt das Allgemeinwohl.

Bis zum 1. September 2010 räumte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe dem Bundestag, dem Bundesrat, dem Bundeskanzleramt, allen Landesregierungen sowie der RWE Power AG und verschiedenen Branchenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme ein. Etliche Schriftsätze wurden vorgelegt. Der BUND hofft jetzt, dass die Verfassungsbeschwerde auch angenommen wird. Ein entsprechender Beschluss aus Karlsruhe steht jedoch noch aus. (dj)

Andererseits geht es uns um das Thema Klimawandel, welcher natürlich durch den enormen CO₂ Ausstoß eines Steinkohlekraftwerkes weiter vorangetrieben würde und ebenfalls ganz konkrete lokale Folgen hätte.

Der BUND-Landesverband, die betroffenen Kreisgruppen und die lokalen Bürgerinitiativen vertreten mit ihrem Aktionsbündnis mehr als 23.000 EinwenderInnen gegen das Vorhaben. Wie haben Sie die bisherige Zusammenarbeit erlebt?



Foto: D. Jansen

Kerstin Ciesla ist Sprecherin der BUND-Kreisgruppe Duisburg und stellvertretende Vorsitzende der Bürgerinitiative Saubere Luft e.V.

Sehr gut. Die kompetente Beratung, die Empfehlungen von Experten und Rechtsbeistand und nicht zuletzt der enorme professionelle Einsatz des Geschäftsleiters Dirk Jansen, hat uns extrem geholfen. Ohne dies hätten wir diesen enormen Teilerfolg beim Erörterungstermin niemals erreicht. Bei welchem Industrieverfahren wurden jemals die AntragsgegnerInnen von der Bezirksregierung wohlwollend in einer Pressemitteilung zitiert?

Ob Kohlekraftwerke oder CO-Pipeline: Gerne wird den UmweltschützerInnen Technologiefeindlichkeit und reines Blockadedenken vorgehalten. Ist der Vorwurf nicht berechtigt?

Natürlich nicht. Wir sind weder MaschinenstürmerInnen noch Industriefeinde. Wenn dies so wäre, würden wir wohl kaum freiwillig in einer Industrieregion leben. Uns geht es schlichtweg darum, dass auch Menschen in einer Industrieregion ein Recht auf Verbesserung der Gesamtsituation erhalten. Unsere Gesundheit, unsere wenigen Naturschutzgebiete und unsere Umweltsituation sind genauso viel wert wie in anderen Regionen. Daher muss sich auch für uns die Gesamtsituation kontinuierlich verbessern und darf sich im 21. Jahrhundert auch für Industrieregionen nicht weiter verschlechtern.

Wir sind übrigens die wahren TechnologiefreundInnen, denn wir fordern Erneuerbare Energien und als Übergangstechnologie Gas und Dampf-Kraftwerke, die man zukünftig auch mit Synthesegas, welches aus Erneuerbaren Energien gewonnen wird, betreiben kann. ■



Anti-Atom-Demo am 18.09.2010 in Berlin

Mit 150 Bussen und drei Sonderzügen kamen Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet in das Regierungsviertel, um ihrem Protest gegen längere Laufzeiten und ihren Forderungen nach einem Atomausstieg lautstark Ausdruck zu verleihen. Mehr als 100.000 AtomkraftgegnerInnen läuteten mit der Demo den „heißen Herbst“ ein. Mit dabei war natürlich auch der BUND NRW, angeführt vom Landesvorsitzenden Paul Kröfges (l.). Weitere BUND-Prominenz: Jörg Nitsch, Vorsitzender des Verbandsrates, Doris Tropper, stellvertr. Vorsitzende des BN und der BUND-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger. Foto: F. Farys



Belohnung für umweltfreundlichen Umgang mit Energie

BUND-Energiepreis 2010

Klimaschutzpreise gibt es einige, aber nicht immer werden sie uneigennützig vergeben. So betreibt RWE landauf landab „Greenwashing“, indem Preisgelder für lokale Natur- und Klimaschutzprojekte vergeben werden. Der BUND lehnt die Annahme solcher Gelder ab und hat bereits 2006 einen entsprechenden Beschluss auf der Landesdelegiertenversammlung gefasst.

Um RWE und Co. etwas entgegen zu setzen, hat der BUND-Landesarbeitskreis Energie den „BUND-Energiepreis“ kreiert. Er ist mit 1.000 Euro dotiert, wird für das Jahr 2010 zum zweiten Mal verliehen und soll Projekte belohnen, die einen vorbildlichen Beitrag zu einem umweltfreundlichen Umgang mit Energie leisten.

Für den Preis bewerben können sich vorzugsweise BUND-Gruppen oder auf Vorschlag einer BUND-Gruppe auch Bürgerinitiativen, Einzelpersonen und Firmen. Bedingung: Das Vorhaben muss einen direkten Nutzen für die Umwelt haben, innovativ sein und zum Nachmachen animieren.

Einsendeschluss: 31. Januar 2011. Die Ausschreibung mit den detaillierten Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/bund_energiepreis/

+++ kurz und bund +++

► **Kostenexplosion beim AVR Jülich:** Der Versuchsreaktor AVR Jülich belastet auch 22 Jahre nach seiner Stilllegung die öffentlichen Kassen. Die jüngste Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Oliver Krischer aus Düren zeigt, dass der Rückbau des Mini-Reaktors mit nur 15 Megawatt elektrische Leistung immer teurer wird und sich mittlerweile auf sagenhafte 700 Mio. beläuft. Das ist nur ein Beispiel, das die Lüge vom „günstigen Atomstrom“ entlarvt. Dass der Rückbau mit enormen Risiken verbunden ist, hatte der BUND zuvor in einer Analyse nachgewiesen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie/avr_juelich/



R. Beilert

► **Erstmals Storchbrut im Welter Bachtal:** Das BUND-Projekt Welter Bachtal bei Dülmen verzeichnet einen historischen Erfolg. „Wir hatten die erste erfolgreiche Brut von Weißstörchen im Dülmener Raum seit über 100 Jahren“, freut sich BUND-Projektleiter Martin Groß. Vier Jungstörche erblickten auf dem künstlichen Brutmast das Licht der Welt und wurden erfolgreich aufgezogen. Bis zu 14 Störche tummelten sich im Sommer im Bereich der renaturierten Bachaue. Jetzt soll ein weiterer Mast aufgestellt werden. Die Dülmener Naturschützer hoffen auf weitere erfolgreiche Bruten.

Mehr Infos: www.welter-bach.de

► **OVG bestätigt Baustopp zum Godorfer Hafen:** Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat den Baustopp für den Ausbau des Godorfer Hafens bestätigt. Die Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen und der BUND sehen sich in ihren Auffassungen und in ihrem Jahre währenden Kampf gegen den Hafenausbau bestätigt. Das Gericht begründete seinen unanfechtbaren Beschluss unter anderem damit, dass der Planfeststellungsbeschluss zum Hafenausbau der Bezirksregierung Köln aufgrund mangelnder Zuständigkeit rechtswidrig ist. Die begonnenen Arbeiten dürfen nun auch weiterhin nicht fortgeführt werden, bis das Hauptsacheverfahren abgeschlossen ist. Jetzt ist nach Auffassung des BUND die Politik gefordert, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. „Der Kölner Stadtrat sollte schnellstmöglich über dieses unhaltbar gewordene Projekt neu befinden und es endlich zu den Akten legen“, forderte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht angesichts der Gerichtsschlappe.

Mehr Infos: www.suerther-aue-retten.de

► **Immer gut informiert:** BUND NRW-Newsletter: Über den eMail-Verteiler des BUND NRW-Ticker erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen aus unserem Verband, zu den Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz, zu aktuellen Erfolgen und Kampagnen. [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/service/newsletter_nrw_ticker]

Das Presseabo liefert Ihnen tagesaktuell die Pressemitteilungen des BUND-Landesverbandes. [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/presse/presseabo]



Rheinlandtaler für Charly Burmeister

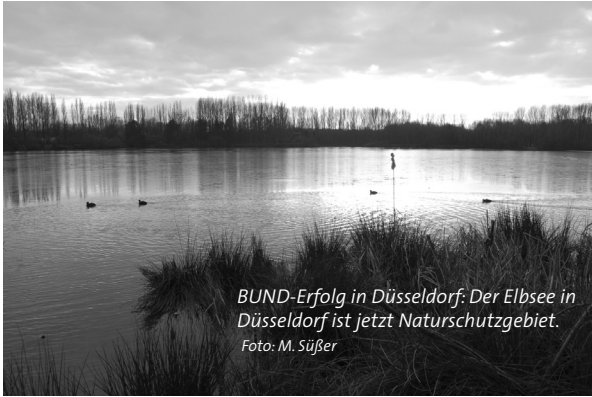
Ob im Widerstand gegen den Schnellen Brüter in Kalkar oder im Kampf um den Erhalt des Tweestroms - seit fast vier Jahrzehnten kämpft Karl-Heinz „Charly“ Burmeister (68) von der BUND-Ortsgruppe Kleve für den Schutz der Umwelt am Niederrhein. Jetzt wurde er für seinen unermüdlichen Einsatz geehrt: Aus der Hand des Landtagsabgeordneten Winfried Schittges (CDU) empfing er den Rheinlandtaler des Landschaftsverbandes Rheinland.

Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND, lobte den Geehrten als Urgestein des Verbandes - geradeaus, stur, beharrlich im Einsatz zum Schutze der Natur. Konsequenter wie er ist, kündigte Burmeister an, nach dem Kampf gegen die ausufernde Kiesindustrie auch gegen das „Zupflastern niederrheinischer Landschaft durch niederländische Unter-Glas-Betriebe“ aktiv werden zu wollen. Der BUND-Landesverband wünscht ihm dabei weiter viel Erfolg. (dj)

Gemeinsam mit seiner Frau Monika gründete Charly Burmeister (links) vor 35 Jahren die BUND-Ortsgruppe Kleve. Zur Verleihung des Rheinlandtales gratulierte auch der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges.



Foto: BUND-Archiv



BUND-Erfolg in Düsseldorf: Der Elbsee in Düsseldorf ist jetzt Naturschutzgebiet.
Foto: M. Süßer

BUND-Erfolg in Düsseldorf

Neues Naturschutzgebiet

Der rund 89 Hektar große Elbsee im Osten von Düsseldorf ist durch Auskiesung der Niederterrasse des Rheins entstanden; die Kiesgewinnung wurde im Jahr 2005 - auch auf Druck des BUND - endgültig eingestellt. Durch natürliche Sukzession und eine erfolgreiche Renaturierung hat sich der Elbsee seitdem zu einem ökologisch äußerst wertvollen, schutzwürdigen Stillgewässer entwickelt. Jetzt wurde er unter Naturschutz gestellt.

Aufgrund des oligotrophen Zustands haben sich unter Wasser großflächige Bestände aus Armleuchteralgen und anderen zum Teil seltenen und gefährdeten Tauchblattpflanzen entwickelt. Im Winter ist der Elbsee aufgrund seiner Größe und seiner Lage im Rheintal ein bedeutendes Rast- und Überwinterungshabitat für Wasservögel. Über 70 Vogelarten wurden dort bisher beobachtet.

Da nach Ende der Auskiesung die unkontrollierte wilde Nutzung am Elbsee stark zugenommen hat, stellte die Kreisgruppe Düsseldorf im September 2008 einen Antrag auf Ausweisung des Elbsees als Naturschutzgebiet (NSG).

Gleichzeitig forderte sie die Erstellung eines Gesamtnutzungskonzepts für den gesamten Seenkomples. Ein von der Stadt Düsseldorf in Auftrag gegebenes Gutachten empfahl Anfang 2010 die Ausweisung des nördlichen Elbsees als NSG. Auf der Grundlage des Gutachtens erstellt die Stadtverwaltung derzeit ein Nutzungskonzept.

Da die illegale Badenutzung im vergangenen Sommer ungekannte Ausmaße angenommen hatte, veranlasste die Untere Landschaftsbehörde im August die einstweilige Sicherstellung als Naturschutzgebiet – damit führte der Antrag des BUND zum Erfolg.

Allerdings plant das Düsseldorfer Sportamt mitten im NSG die Anlage einer über 1.000 m langen Kanutrainings-Regattastrecke. Diese würde zu einer dauerhaf-

ten Störung der in den Verlandungsbereichen und auf der zentralen Insel brütenden Vögel – wie z.B. Kiebitz, Flussuferläufer und Austernfischer – führen. Der BUND wird sich weiterhin konsequent gegen die Kanu-Rennstrecke und für den Vorrang des Naturschutzes im NSG einsetzen.

Michael Süßer

... ist Sprecher der
BUND-Kreisgruppe Düsseldorf.



Foto: D. Jansen

Wiederfund des Kirschprachtkäfers auf der BUND-Obstwiese in Bornheim

Sensation in Bornheim: Für das nördliche Rheinland gelang ein Wiederfund des Kirschprachtkäfers (*Anthaxia candes*) just auf einer seit 18 Jahren vom BUND Rhein-Sieg-Kreis betreuten Obstwiese. Die Art wird in der Roten Liste Deutschlands als stark gefährdet eingestuft. Die Käfer profitieren von dem hohen Totholzanteil der alten Kirschen im Gelände. Naturschutz vor Ort lohnt sich also!

Mit seinen smaragdgrünen, kupferroten und schwarz-blauen Farben ist *Anthaxia candes* der bunteste Prachtkäfer Mitteleuropas. In Nordrhein-Westfalen ist bislang nur ein Fund dokumentiert, der auf Meldungen aus dem Jahr 1889 zurückgeht. Die aktuellen Nachweise bei Bornheim-Brenig stellen die neue Nordgrenze der Verbreitung des seltenen Insekts am Rhein dar.



Foto: F. Köhler / www.koleopterologie.de/gallery

Das (bisherige) Fehlen des Kirschprachtkäfers in Nord-europa und den nördlichen Regionen Deutschlands deutet auf ein besonderes Wärmebedürfnis hin und legt nach Expertenmeinung die Vermutung nahe, dass die Art sich, bedingt durch den Klimawandel, nach Norden ausbreitet. Das wird durch aktuelle Funde auch aus Rheinland-Pfalz belegt.

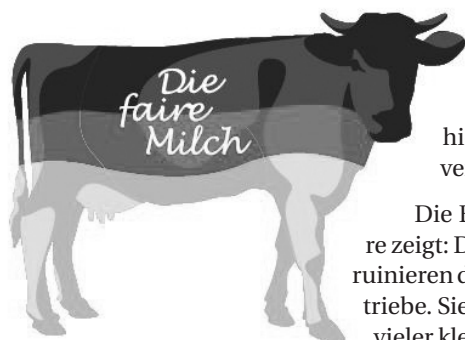
Sein aktuelles Vorkommen im Rheinland ist deshalb nicht nur der Naturschutzarbeit zu verdanken - der Immigrant ist auch ein Krisengewinnler.

Nähere Infos: www.bund-rsk.de

Schluss mit den Dumpingpreisen: 'Faire Milch' auch in NRW

Es tut sich etwas auf dem Milchmarkt: Nachdem in den letzten Monaten bereits mehrere überregionale Molkereien und Supermärkte Milch, ohne Gentechnik in ihr Sortiment aufgenommen haben, ging im September in NRW die 'Faire Milch' an den Start. Der BUND begrüßt das zugrunde liegende Konzept: Die Bäuerinnen und Bauern erhalten mit 40 Cent pro Liter einen deutlich höheren Erlös als üblich. Genmanipulierte Pflanzen sind aus dem Futtertrog ausgeschlossen, stattdessen bekommen die Tiere viel Grünfutter zu fressen. Der Maisanteil ist begrenzt. Wegen dieser und weiterer verbindlicher Vorgaben sieht der BUND hierin einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von Wiesen und

Weiden und einer gentechnikfreien Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Milch stammt aus NRW-Betrieben und wird hier im Lande verarbeitet und vermarktet.



Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt: Die Dumpingpreise für Milch ruinieren die heimischen Milchviehbetriebe. Sie führen zur Betriebsaufgabe vieler kleinerer Höfe und gleichzeitig zur massiven Intensivierung der ver-

bleibenden Betriebe. Extensiv genutzte Wiesen und Weiden gehen immer schneller verloren - ein herber Verlust für die Kulturlandschaft wie für den Naturschutz. Wird dieser Trend nicht umgehend gestoppt, gibt es grasende Kühe zwar weiterhin auf Verpackungen, aber in einigen Jahren kaum mehr draußen in der Landschaft. Nur durch entsprechende Bewirtschaftung kann es gelingen, vielfältiges, arten- und blütenreiches Grünland dauerhaft zu fördern und zu erhalten.

Aus BUND-Sicht ist es zukunftsweisend, die notwendigen höheren Erlöse für die Bauern mit konkreten Verbesserungen für den Umwelt- und Naturschutz und eine höhere Produktqualität zu verbinden und so den Zuspruch der VerbraucherInnen zu gewinnen. Die 'Faire Milch' geht diesen Weg. Nebenbei bewirkt der höhere Anteil an Wiesenfutter dabei auch einen Anstieg der gesundheitsfördernden Omega-3-Fettsäuren in der Milch.



Der BUND ruft dazu auf, Biomilch und die neu eingeführte 'Faire Milch' zu kaufen und hierdurch dem NRW-Milchmarkt neuen Schwung zu geben und weitere Molkereien sowie den Einzelhandel zur Umstellung ihres Sortiments zu bewegen.

Ralf Bilke

... ist Agrarreferent des BUND NRW.

Neue Wege bei der Wildtierbeobachtung Hightech trifft Wildkatze

Dank der Unterstützung der GLS Gemeinschaftsbank eG, die dem BUND-Bundesverband die Anschaffung von 20 „Fotofallen“ ermöglichte, geht nun auch die Kreisgruppe Rhein-Sieg des BUND ganz neue Wege im Nachweis bedrohter Arten. Gleich drei Infrarot-Kameras stehen fortan im Rhein-Sieg-Kreis, um optisch Jagd zu machen. Im besonderen Fokus steht dabei die Wildkatze, denn es gibt im Rechtsrheinischen sowohl konkrete Beobachtungshinweise zu dieser seltenen Art, als auch geeignete Lebensräume. Sichere Vorkommen liegen in der Eifel und in Rheinland-Pfalz. Die Kameras arbeiten selbsttätig sobald ein Tier den Bewegungsmelder auslöst. Photos sind dabei sowohl am Tage als auch, dank der Infrarot-Technik, in der Nacht möglich.

Doch das Projekt hat gewisse Grenzen, so Achim Baumgartner, Sprecher der Kreisgruppe: „Ein Photo ist keine absolut sichere Methode, um Wildkatze und Hauskatze auseinander zu halten. Doch wären Bilder von Tieren, die dem Aussehen der Wildkatze entsprechen, ein wichtiges Indiz.“ Wildkatzen unterscheiden sich sichtbar von Hauskatzen durch ihren deutlich buschigeren, stumpf endenden Schwanz, der schwarze Ringe und eine schwarze Schwanzspitze aufweist. Typisch sind außerdem mehrere schwarze Streifen zwischen den Ohren und an den Beinen.

Damit die Naturschützer überhaupt eine Chance haben, nicht nur Fuchs, Dachs und fallendes Laub vor ihre Kameras zu bekommen, arbeiten sie mit einem Trick. Baldriantinktur, im Sichtfeld der Kamera auf Holzstäbe gesprüht, soll zumindest die Wildkatzen, die in der Nähe der Photofallen herumstreifen, auch wirklich vor die Kameras locken.

Achim Baumgartner

... ist Sprecher der BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg, mehr Infos: www.bund-rsk.de

